



**Von:** Petra Dettenhöfer, MdL <petra.dettenhoefer@csu-landtag-news.de>  
**An:** [REDACTED]  
**Betreff:** Aus dem Maximilianeum  
**Datum:** 27.02.2013 09:47

Falls der Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, erhalten Sie hier die [Online-Version](#)



Ausgabe Februar 2013

Lieber Oliver-Markus,

das geltende System des Länderfinanzausgleichs weist gravierende Mängel und Ungerechtigkeiten auf, die sich vor allem zu Lasten Bayerns, des mit Abstand größten Geberlandes, auswirken.

Mit einem Dringlichkeitsantrag hat die CSU-Fraktion deshalb letzte Woche noch einmal deutlich gemacht, dass sie die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung nachdrücklich unterstützt, im Klagewege vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen vorzugehen.

Gleichzeitig haben wir die Opposition damit aufgefordert, sich zu Bayern und den bayerischen Interessen zu bekennen. Das Ergebnis spricht Bände: SPD und Grüne haben den Antrag abgelehnt.

Mehr dazu in diesem Newsletter!

Herzliche Grüße

Petra Dettenhöfer

#### Inhalt:

- » [Abstimmung zum Länderfinanzausgleich wurde zum "Bayern-Test"](#)
- » [Studienbeiträge fallen - Ergebnisse des Koalitionsgesprächs zwischen CSU und FDP](#)
- » [Klares Nein zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung!](#)
- » [Bezahlbaren Wohnraum sichern](#)
- » [Ehrenamtliche Helfer bei den Rettungsdiensten endlich besser gestellt!](#)
- » [Tag des digitalen Lernens am 7. März](#)
- » [Landesentwicklungsprogramm kommunalfreundlich gestalten!](#)
- » [Regenerative Energien besser als "Fracking"](#)
- » [Union ist verlässlicher Partner der bäuerlichen Landwirtschaft!](#)
- » [Die Mittelschule ist eine erfolgreiche Schulart](#)
- » [CSU-Fraktion will noch mehr Frauen in der Wissenschaft fördern](#)
- » [20 Jahre Landesfeuerwehrverband Bayern](#)
- » [Gemeinsam leben und wirtschaften - Unternehmerabend der CSU-Fraktion](#)
- » [5,4 Millionen Euro zusätzlich für den Öko-Landbau](#)

#### Abstimmung zum Länderfinanzausgleich wurde zum "Bayern-Test"



In der Debatte zur Reform des Länderfinanzausgleichs zugunsten Bayerns haben die Abgeordneten der SPD und der Grünen "Nein" zu Bayern gesagt. Den vom Landtag beschlossenen Dringlichkeitsantrag der CSU, der eine Klage des Freistaats vor dem Bundesverfassungsgericht ausdrücklich begrüßt, haben SPD und Grüne abgelehnt. "Die Abstimmung war der "Bayern-Test" und SPD und Grüne sind durchgefallen", so CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Dabei versicherte der CSU-Politiker, dass Bayern auch künftig solidarisch sein wolle. Schließlich solle der Länderfinanzausgleich ja nicht gänzlich abgeschafft werden. Aber momentan fehlten sowohl den Geber-, wie auch den Nehmerländern die Anreize, um zusätzliche

Einnahmen zu erwirtschaften, weil diese weitestgehend wieder umverteilt würden.

"Wir brauchen einen Länderfinanzausgleich, der Anreize zur Haushaltskonsolidierung belohnt, anstatt die Fleißigen zu bestrafen! Wir machen Politik nach dem christlichen Menschenbild. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Und wer sich nicht selbst helfen kann, dem müssen wir helfen. Aber in der Bibel steht nichts von Hängematte, sondern dort heißt es im Schweiß Deines Angesichts! Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe, aber wir wollen keine voraussetzungsfreie Alimentierung", so Schmid in seiner Rede im Plenum des Bayerischen Landtags.

» [Dringlichkeitsantrag im Wortlaut](#)

top ↑

## Studienbeiträge fallen - Ergebnisse des Koalitionsgesprächs zwischen CSU und FDP



**I.** Die Koalition ist sich darin einig, dass die finanzpolitische Solidität des Freistaats oberste Priorität hat. Alle getroffenen Maßnahmen ordnen sich diesem Prinzip unter.

1. Im Doppelhaushalt 2013/14 erfolgt eine zusätzliche Schuldentilgung in Höhe von 480 Millionen Euro. Damit werden insgesamt 1,5 Milliarden Euro getilgt.

2. Mit zusätzlich 150 Millionen Euro werden Baumaßnahmen im Privatschulbereich sowie im Sportstättenbau deutlich schneller abfinanziert.

**II.** Die Koalition hat sich auf ein Bildungsfinanzierungsgesetz verständigt, das Anfang März im Kabinett beraten und dann dem Landtag zugeleitet wird.

1. Die Universitäten und Hochschulen erhalten ab 1. Oktober 2013 einen vollständigen Ersatz für die Studienbeiträge aus dem Staatshaushalt. Dafür werden im Doppelhaushalt 2013/14 insgesamt 219 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Verteilung auf die Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen und kirchliche Hochschulen sowie die paritätische studentische Beteiligung bei der Vergabe dieser Mittel werden gesetzlich geregelt.

2. Für die berufliche Bildung wird ab 1. September 2013 ein sogenannter Meisterbonus in Höhe von 1000 Euro pro Kursteilnehmer vorgesehen sowie ein Pflegebonus (Schulgeldersatz bei Altenpflegeschulen, Kinderpflegeschulen sowie Fachakademien für Erzieher), ebenfalls ab 1. September 2013. Für diese beiden Bereiche werden im Doppelhaushalt 2013/14 52 Millionen Euro eingestellt.

3. Für die frühkindliche Bildung werden 150 Millionen Euro bereitgestellt.

- Für eine Qualitätsoffensive in Vorschule und Grundschule: 125 Millionen Euro.
- Für eine 50prozentige Reduzierung der Kindergartengebühr beim 2. Kindergartenjahr (50 Euro) ab 1. September 2014: 25 Millionen Euro.
- Der beschlossene Betreuungsschlüssel 1:11 für Kindergärten wird in Bayern flächendeckend umgesetzt. Dafür wird zeitnah ein Spitzengespräch des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Spitzenverbänden stattfinden.

Zu diesen Maßnahmen kommt die bereits beschlossene Fortführung des Sonderinvestitionsprogramms Krippenausbau bis 31. Dezember 2014 mit einem Finanzvolumen von 274 Millionen Euro.

**III.** Die Tilgung der Altschulden wird aus den Rücklagen finanziert. Die Mittel für das Bildungsfinanzierungsgesetz (Kompensation für die Studiengebühren, berufliche und frühkindliche Bildung) in Höhe von 421 Millionen Euro können aus den zusätzlichen Steuereinnahmen finanziert werden. Unabhängig davon wird die Koalition im Haushaltsvollzug 2013/14 200 Millionen Euro einsparen.

**IV.** Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens entfällt die Verpflichtung zur einheitlichen Stimmabgabe.

top ↑

## Klares Nein zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung!



"Die bisherige Struktur der kommunalen Wasserversorgung hat sich über viele Jahrzehnte bewährt und garantiert die zuverlässige Belieferung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger mit hochwertigem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen", erklärte Dr. Florian Herrmann, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der CSU-Fraktion, zu den aktuellen Beratungen in Brüssel hinsichtlich der Privatisierung der Trinkwasserversorgung.

Einer Liberalisierung des Wassersektors, die die Wasserversorgung allein den Regeln des Marktes unterwirft und dem kommunalen Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge entzieht, tritt die CSU-Fraktion im Interesse des Allgemeinwohls und des Ressourcenschutzes entschieden entgegen. "Eine Öffnung des Marktes für profitorientierte Investoren ist auch mit den hohen Anforderungen an das sehr sensible und lokal stark differenzierte System aus Grundwasserregime und Trinkwassererschließung nicht vereinbar", sagte Otto Hünnerkopf, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Umwelt und Gesundheit seiner Fraktion.

Die Wasserversorgung in Bayern sei durch Ortsnähe gekennzeichnet und eine klassische kommunale Aufgabe. "Bei einer bloßen Ausrichtung der Wasserversorgung an den wirtschaftlichen Erfolg besteht die Gefahr, dass der Ressourcenschutz, die Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten sowie die Instandhaltung und Erneuerung der Versorgungsanlagen in den Hintergrund treten", so Hünnerkopf. Zudem könne Trinkwasser wegen seiner örtlich unterschiedlichen chemischen Zusammensetzung auch nicht beliebig gemischt werden. "Damit ist es für Durchleitungsrechte - anders als Gas oder Strom - nicht beliebig geeignet", so Hünnerkopf.

Weil das Thema der CSU-Fraktion besonders am Herzen liegt, hatte sie bereits im letzten Jahr dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der vom Bayerischen Landtag auch so beschlossen wurde.

» [Dringlichkeitsantrag im Wortlaut](#)

top ↑

#### Bezahlbaren Wohnraum sichern



"Bezahlbaren Wohnraum zu sichern und ausreichend viele neue familien- und altersgerechte Wohnungen zu schaffen, ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Wir verfolgen diese Ziele bereits seit längerem mit einer Reihe von Maßnahmen. So hat der Freistaat alleine in den letzten fünf Jahren über eine Milliarde Euro in die Wohnraumförderung investiert. Beispielhaft genannt seien auch der rechtliche Schutz von Mietwohnraum vor Zweckentfremdung oder verlängerte Kündigungssperrfristen, zum Beispiel bei Eigenbedarf auf zehn Jahre", so Karl Freller, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiter der Arbeitsgruppe "Große Städte" seiner Fraktion.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag werde sich in ihrer nächsten Sitzung mit der Lage auf dem bayerischen Wohnungsmarkt beschäftigen. Die CSU-Abgeordneten werden dabei eine Reihe von Maßnahmen gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum beraten. Besonders ins Visier nehmen möchten die Parlamentarier die gestiegenen Mieten in den Ballungszentren.

» [Weiterlesen](#)

top ↑

#### Ehrenamtliche Helfer bei den Rettungsdiensten endlich besser gestellt!



Die ehrenamtlichen Helfer bei den Rettungsdiensten werden künftig im Falle eines Einsatzes besser gestellt. Der Innenausschuss des Bayerischen Landtags hat einer entsprechenden Initiative der CSU-Landtagsfraktion zugestimmt.

Mit der CSU-Initiative sollen ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst künftig einen gesetzlichen Freistellungs- und Lohnfortzahlungsanspruch oder einen Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstausfalls erhalten, auch wenn kein Katastrophenfall vorliegt. Die so genannte Retterfreistellung gilt auch für volljährige Schüler und Studenten, die für die Zeit des Rettungsdiensteinsatzes grundsätzlich vom Unterricht und von Ausbildungsveranstaltungen befreit werden.

» [Weiterlesen](#)

top ↑

#### Tag des digitalen Lernens am 7. März



Im Rahmen unserer Zukunftsstrategie "Bayern 3.0 – Digital in die Zukunft" ist Bayern Wegbereiter einer digitalen Bildungsgesellschaft. Die digitale Revolution wird die Bildung in Bayern nicht auf den Kopf stellen: Digitale Medien und Werkzeuge können eine umfassende Allgemeinbildung nicht ersetzen und das "digitale Lernen" ist auch kein Nürnberger Trichter.

Wissensvermittlung, Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung sind und bleiben auch im digitalen Zeitalter zentrale Herausforderungen für unsere Schulen. Digitale Medien und Werkzeuge eröffnen aber neue Möglichkeiten und Chancen für Schule und Unterricht.

In einer Bestandsaufnahme wollen wir am 7. März im Bayerischen Landtag darstellen, was schon alles möglich ist und auf welchem Weg unsere Schulen den Weg ins digitale Zeitalter gehen.

Sie können sich unter folgender E-Mail-Adresse für die Veranstaltung anmelden: [veranstaltung@csu-landtag.de](mailto:veranstaltung@csu-landtag.de)

top ↑

### Landesentwicklungsprogramm kommunalfreundlich gestalten!



Das Landesentwicklungsprogramm (LEP) soll noch in dieser Legislaturperiode fortgeschrieben werden. Neben Deregulierung und einer kommunalfreundlichen Ausgestaltung ist ein weiteres Ziel der Überarbeitung des LEP, neuen Herausforderungen durch Klimaschutz, Energiewende und den demographischen Wandel zu begegnen.

"Der neue LEP-Entwurf trägt diesen Vorgaben weitgehend Rechnung. Die Anzahl der Festlegungen ist gegenüber dem LEP 2006 erheblich reduziert. Wichtig ist zum Beispiel, dass für die Nahversorgung Supermärkte bis 1200 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche künftig in jeder Gemeinde zulässig sind", so Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag. Bei zwei Anhörungen sind viele Anregungen und Vorschläge eingegangen.

Gemeindetag und Landkreistag haben weitergehende Wünsche geäußert, deshalb gab es intensive Gespräche, um gerade kommunale Anliegen zu berücksichtigen. Das ist mit einem tragfähigen Kompromiss gelungen, an dem die CSU-Landtagsfraktion maßgeblich mitgewirkt hat. Im Zuge der Landtagsberatungen wird der Entwurf des LEP deshalb noch in einigen Punkten angepasst.

"Wir werden im Jahr 2014 eine Teilfortschreibung des LEP mit einer Neufestlegung der Ober- und Mittelzentren vornehmen. Noch in dem vorliegenden Entwurf werden wir das so genannte Anbindungsgebot verbessern sowie die Ausweisung von Gewerbegebieten und für touristische Projekte erleichtern. Außerdem wird die Gebietskulisse "Räume mit besonderem Handlungsbedarf" um eine Einzelfallregelung für gleichgelagerte Gemeinden erweitert", betonte Huber.

Am 21. März findet eine Anhörung im federführenden Wirtschaftsausschuss statt. Die Endberatungen sind für Juni vorgesehen, so dass das LEP fristgerecht im Sommer in Kraft treten kann.

top ↑

### Regenerative Energien besser als "Fracking"



Für Tobias Reiß, den Vorsitzenden der Energiekommission des Bayerischen Landtags, ist das so genannte "Fracking" alles andere als eine Zukunftstechnologie: "Wir haben in Deutschland einen klaren Konsens zum Umstieg auf die Erneuerbaren Energien. Wir wollen weg von den fossilen Brennstoffen. Deshalb müssen wir nicht den letzten Tropfen begrenzter Rohstoffe aus dem Boden pressen."

Reiß hält diese Fördermethode auch unter ökologischen Gesichtspunkten für sehr bedenklich. "Das Risiko, dass in den Boden gepresste Chemikalien in das Grundwasser gelangen könnten, ist derzeit noch nicht abschätzbar." Vor allem die Amerikaner sind überzeugt, mit der Gasfördermethode "Fracking" ihre Energieprobleme zu lösen. Bei dem relativ neuen Verfahren werden Gasvorkommen, die in undurchlässigem Schiefergestein eingeschlossen sind, mit einem Cocktail aus Wasser, Sand und Chemikalien aufgesprengt, damit das Gas gefördert werden kann.

Derzeit prüft auch die Bundesregierung, ob und wenn ja in welchem Rahmen die nicht unumstrittene Fördermethode in Deutschland erlaubt

werden kann. "Für uns stehen aber Nachhaltigkeit und der Schutz unserer Lebensgrundlagen eindeutig auf einer höheren Stufe", so Reiß abschließend.

[top ↑](#)

#### Union ist verlässlicher Partner der bäuerlichen Landwirtschaft!



"Die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sind die einzigen verlässlichen Partner der bäuerlichen Landwirtschaft in ihren beiden Bundesländern", erklärten Paul Locherer, der Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, und Albert Füracker, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CSU-Fraktion, nach einer gemeinsamen Arbeitskreissitzung.

In der Sitzung wurde auch intensiv über die bisherigen Aktivitäten der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg seit Regierungsübernahme diskutiert. "Klar wurde dabei, dass gerade unter einer grün-roten Landesregierung die Gefahr besteht, dass ländliche Regionen abgehängt werden. Das beste Beispiel hat der stellvertretende baden-württembergische Ministerpräsident Nils Schmid geliefert, als er ernsthaft erklärte, dass dann halt mal ein Tal im Schwarzwald zuwachsen könne", betonte Elke Brunnemer, die Sprecherin für den ländlichen Raum in der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg.

Der bayerische Ausschussvorsitzende Füracker machte nochmal deutlich: "Die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft werden von der Union mit Bundesministerin Ilse Aigner bestens vertreten. Jetzt gilt es, zukunftsorientierte Perspektiven für die Bäuerinnen und Bauern zu entwickeln und Akzente bei der Gestaltung der ländlichen Räume zu setzen".

» [Weiterlesen](#)

[top ↑](#)

#### Die Mittelschule ist eine erfolgreiche Schulart



"Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule ist ein großer Erfolg", stellt Georg Eisenreich, der bildungspolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, anlässlich der aktuellen Umfrage des BLLV fest. "Das zeigt sich auch darin, dass sich 99 Prozent aller Hauptschulen freiwillig zu Mittelschulen weiterentwickelt haben. Mit besonderen Angeboten zur individuellen Förderung, vertiefter Berufsorientierung und dem Angebot der Mittleren Reife ist die Mittelschule eine wohnortnahe attraktive Schulart", ergänzte Eisenreich.

Für den CSU-Politiker sind die Fakten eindeutig: "So ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, welche die Mittlere Reife erwerben, von 19,6 Prozent im Schuljahr 2005/2006 an der Hauptschule auf 26,5 Prozent im Schuljahr 2011/2012 an der Mittelschule gestiegen. Demgegenüber ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, von 3,4 Prozent im Jahr 2005 in der Hauptschule auf zwei Prozent im Jahr 2010 an der Mittelschule zurückgegangen."

» [Weiterlesen](#)

[top ↑](#)

#### CSU-Fraktion will noch mehr Frauen in der Wissenschaft fördern



Frauen sollen künftig in Wissenschaft und Forschung noch stärker vertreten sein. Das gilt auch und vor allem für Führungspositionen, wie die Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag feststellte.

"Die Ausbildung exzellenter Nachwuchswissenschaftlerinnen ist für die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Bayern von hoher Bedeutung. Im neuen Doppelhaushalt stehen pro Jahr 1,161 Millionen Euro bereit, um mit einem entsprechenden Programm Frauen mehr Chancengleichheit zu ermöglichen", sagte Gudrun Brendel-Fischer, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe.

» [Weiterlesen](#)

[top ↑](#)

#### 20 Jahre Landesfeuerwehrverband Bayern



Seit der Wiedergründung am 9. Oktober 1993 kümmert sich der Landesfeuerwehrverband erfolgreich und effizient um die Anliegen und Belange der heute rund 321.000 Feuerwehrler in Bayern. Nicht nur die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren schätzen den Landesfeuerwehrverband als wichtigen Ansprechpartner für alle Fragen rund um das Retten, Bergen, Löschen und Schützen. Auch für die Landespolitik und die CSU-Landtagsfraktion ist er ein wichtiger Partner.

Um die Rahmenbedingungen für die Feuerwehren bestmöglich gestalten zu können, ist ein enger Austausch besonders wichtig. Daher hatte die CSU-Fraktion berufstätige und freiwillige Feuerwehrdienstleistende im Rahmen eines Parlamentarischen Abends zu einem Gespräch in den Landtag eingeladen.

» [Bildergalerie der Veranstaltung](#)

top ↑

### Gemeinsam leben und wirtschaften - Unternehmerabend der CSU-Fraktion



Unter dem Motto "Gemeinsam leben und wirtschaften" hat die CSU-Fraktion einen Unternehmerabend veranstaltet, der sich vor allem an Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund richtete.

"Wie bleibt Bayern auch in Zukunft innovativ, produktiv und attraktiv?" - darüber diskutierten die Gäste mit Fraktionschef Georg Schmid, Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer.

» [Bildergalerie der Veranstaltung](#)

top ↑

### 5,4 Millionen Euro zusätzlich für den Öko-Landbau



Bayern will bei Bio-Lebensmitteln unabhängiger von Importen werden. Um die heimische Öko-Produktion voranzubringen, hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner jetzt ein Landesprogramm unter dem Namen "BioRegio 2020" aufgelegt. Ziel ist, die Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln künftig stärker aus heimischer, regionaler Produktion zu decken.

Brunner strebt bis zum Jahr 2020 eine Verdoppelung der Bio-Produkte aus Bayern an und setzt dabei mit seinem Landesprogramm auf einen ganzheitlichen Ansatz, der die Bereiche Bildung, Beratung, Förderung, Vermarktung und Forschung stärkt. Insgesamt rund 5,4 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel stellt der Freistaat dafür in den nächsten beiden Jahren bereit.

» [Weitere Informationen](#)

top ↑

### Service & Impressum

#### » Newsletter-Service

Möchten Sie Ihre Daten ändern, klicken Sie bitte hier: [Daten ändern](#)

Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten, klicken Sie bitte hier: [Abmelden](#)

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns: [info@petra-dettenhoefer.de](mailto:info@petra-dettenhoefer.de)

Noch mehr Neuigkeiten erfahren Sie hier: <http://www.petra-dettenhoefer.de/>

Sollte der Newsletter nicht korrekt dargestellt werden, klicken Sie bitte hier für die [Online-Version](#)

#### » Impressum

Petra Dettenhöfer, MdL

Erhardstr. 1 - 92637 Weiden

Tel.: (09 61) 38 96 53 0, Fax: (09 61) 38 96 53 2

<http://www.petra-dettenhoefer.de/> - E-Mail: [info@petra-dettenhoefer.de](mailto:info@petra-dettenhoefer.de)

[Impressum](#)